

# Journalistische Verantwortung und moderne Wirtschaftspolitik

von

Heiner Flassbeck

WuM, Dezember 2006

Ich muss gestehen, ich sehe nicht viel fern. Die einzige Sendung im deutschen Fernsehen, die ich relativ regelmäßig zur Kenntnis nehme, ist das Heute Journal im ZDF, weil es zeitlich gesehen wunderbar zu meinen Schlafgewohnheiten passt. Nun sollte man meinen, dass eine solche Sendung, das Nachrichten-Flagschiff eines nicht unbedeutenden öffentlich-rechtlichen Senders, vor Seriosität nur so strotzt und die sicher hoch bezahlten Herren Moderatoren dieser Sendung, Klaus Peter Siegloch und Klaus Kleber, alles daran setzen, sich keine inhaltliche Blöße zu geben.

Doch weit gefehlt. In wirtschaftlichen Fragen sind die Vorurteile in Deutschland bei jedermann offenbar so gefestigt, dass prominente und damit große Verantwortung tragende Journalisten vor einem Millionenpublikum nicht davor zurückschrecken, diese Vorurteile in ihre Moderation einfach so einfließen zu lassen.

Vor einigen Wochen ging es bei Kleber beispielsweise in irgendeinem Zusammenhang um Lohnnebenkosten. Die Gefahr, dass die Lohnnebenkosten steigen könnte, versah er mit dem harmlos klingenden Halbsatz "...und das kostet Arbeitsplätze". Nun, werden die meisten von ihnen sagen, das ist aber harmlos, erstens stimmt es und zweitens sagt das schließlich fast jeder. So ähnlich habe ich auch reagiert, jedenfalls, was „zweitens“ betrifft. Vor ein paar Tagen aber hörte ich dann den Kollegen von Herrn Kleber, Herrn Siegloch, im Zusammenhang mit der Unternehmenssteuerreform in einem ganz ähnlich klingendem Halbsatz sagen „...und dabei geht es um Millionen Arbeitsplätze“.

Da fragt man sich dann, ob es sich bei solchen Halbsätzen nur um den verzweifelten Versuch des Moderators geht, mit dem Hinweis auf Arbeitsplätze bei trockenen Wirtschaftsthemen die Zuschauer am Bildschirm zu halten oder ob es sich hierbei um den bewussten Versuch handelt, bestimmte Vorurteile mit Medienmacht unter's Volk zu bringen. Denkt man aber ein wenig darüber nach, ist es am Ende vollkommen gleichgültig, ob hier nur fahrlässig oder schon vorsätzlich dummes Zeug erzählt wird, die Wirkung ist genau die gleiche. Anders gesagt, ob ein öffentlich-rechtlicher Moderator so unter dem Druck der Zuschauer-Quote steht, dass er sich jedes primitive Vorurteil bedienen muss, um erfolgreich zu sein oder ob ihm irgendwelche „Agenturen oder Initiativen“ jeden Tag einflüstern, welche Vorurteile man zu haben hat, ist nicht mehr wichtig. Dass auf jeden Fall etwas faul in Staate Dänemark ist, darauf alleine kommt es an.

Zur Sache also, wie der Herr Bundespräsident zu sagen pflegt. Die Behauptung, steigende Lohnnebenkosten würden unmittelbar oder mittelbar zu Arbeitsplatzverlusten führen, ist, wie ich an dieser Stelle vielfach gezeigt habe, grober Unfug. Ob im Zuge des Produktivitätswachses die Löhne erhöht werden oder die so genannten Lohnnebenkosten, ist für die Arbeitskosten der Unternehmen kein Unterschied. Im einen Fall überweist die Buchhaltung die entsprechenden Beträge an die Krankenkasse, im anderen direkt an den Mitarbeiter. Wer also pauschal sagt, eine Erhöhung der Lohnnebenkosten kostet Arbeitsplätze, muss sagen, jede

Lohnerhöhung, ganz unabhängig von der Produktivitätsentwicklung, kostet Arbeitsplätze. Noch mehr als das: Er sagt implizit sogar, dass die Erhöhung der Lohnnebenkosten selbst dann Arbeitsplätze kostet, wenn die Arbeitnehmer zugunsten der Lohnnebenkosten auf Lohn-erhöhungen verzichten. Das aber sagen nicht einmal die Verfechter der herrschenden Lehre in der deutschen Ökonomie. Wie kommt also ein Moderator dazu, solchen Unsinn als die größte Selbstverständlichkeit der Welt zu verkaufen?

Noch weit schlimmer ist die Aussage, bei der Unternehmenssteuerreform ginge es um „Millionen von Arbeitsplätzen“. In der letzten Dekade wurden mindestens fünf Unternehmenssteuerreformen mit großem Tamtam durchgesetzt, ohne dass es jemals eine sichtbare Wirkung bei den Investitionen, ganz zu schweigen vom Arbeitsmarkt gegeben hätte. Wurde nicht 2001 der Körperschaftssteuersatz von 40 auf 25 % gesenkt? Noch schlimmer: Bei der jetzt geplanten Reform kann es in der Tat um Millionen von Arbeitsplätzen gehen, aber leider in der falschen Richtung. Es spricht nämlich sehr viel dafür, dass die Gegenfinanzierung der Steuersatzsenkung in Form der Abschaffung der degressiven Abschreibung für Abnutzung (Afa) über Jahre hinweg verheerende Wirkungen auf die Investitionstätigkeit hat. Wer mit Gewalt die Steuersätze der Unternehmen (Körperschaftsteuer und Gewerbesteuer zusammen) unter dreißig Prozent drücken will und gleichzeitig die Abschreibungsbedingungen verschlechtert, belohnt die Unternehmen, die wenig bis nicht investieren und bestraft die, die einen Beitrag leisten zum Schaffen neuer Arbeitsplätze. Schon 2001 hat die Kombination von Steuersatzsenkung und Verschlechterung der Afa der Investitionstätigkeit nicht gut getan.

Kein ernsthafter und anerkannter Journalist würde leichtfertig vor sich hin sagen, dass der Konsum von genmanipuliertem Mais die Entstehung von Krebs begünstigt, bevor nicht hunderte von Studien vorliegen, die den Zusammenhang eindeutig nachweisen. Kein vernünftiger Mensch sagt ohne eine Ahnung von den relevanten Zusammenhängen und deren Zeitdimension zu haben, einfach, dass die globale Erwärmung kein Problem ist, weil die Menschen schon immer Wege gefunden haben, sich an alle neuen Umstände anzupassen.

Nur in der Ökonomie kann auch ein Journalist, ein Verbandspräsident oder ein Ministerpräsident den Stein der Weisen entdecken und Juristen können ganze Themenbereiche besetzen. Es ist eben immer noch so, wie einer der wichtigsten Ökonomen dieses Jahrhunderts, J.A. Schumpeter, schon vor vielen Jahrzehnten bemerkte: „Nur in wirtschaftlichen Dingen hält sich jeder für einen berufenen Fachmann und berechtigt, arglos jahrhundertealte Holzwege zu wandeln und mit Unbefangenheit sein allerpersönlichstes – wirtschaftliches oder ideelles – Interesse für aller Weisheit höchsten Schluß zu erklären“.